

**Niederschrift über die
21. Sitzung des Kreisausschusses (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-
Saarburg am 22.02.2016 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.
(öffentlicher Teil).**

Beginn: 17:26 Uhr

Ende: 19:28 Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Scharz

Mitglieder

Herr Franz Peter Basten

Vertretung für Herrn Hartmut Heck
bis 19:08 Uhr (TOP 16.1)

Herr Bernhard Busch

Herr Matthias Daleiden

Herr Bernhard Henter

Herr Norbert Jungblut

Herr Sascha Kohlmann

Herr Alfons Maximini

Herr Paul Port

Vertretung für Frau Sabina Quijano
Burchardt

Frau Jutta Roth-Laudor

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Herr Wolfgang Schäfer

Frau Kathrin Schlöder

Herr Dr. Karl-Georg Schroll

Herr Markus Thul

mit beratender Stimme

Frau Kreisbeigeordnete Stephanie Nickels

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Herr Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

Verwaltung

Frau Nadja Adams

Herr Andreas Beiling

Leitstelle Familie (bis TOP 6.2)

Leiter der Abteilung 7 - Jugendamt
(bis TOP 6.2)

Herr Joachim Christmann

Herr Thomas Müller

Herr Rolf Rauland

Frau Martina Scheid

Leiter des Geschäftsbereichs II
Pressestelle

Leiter des Geschäftsbereichs I

Leiterin des Referates 74 - Wirtschaftliche
Hilfen (bis TOP 6.2)

Gäste

Herr Harald Jansen

Herr Ludger Peters

Trierischer Volksfreund

(TOP 1 bis TOP 6.2)

SWR (TOP 1 bis TOP 6.2)

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Hartmut Heck

entschuldigt

Frau Sabina Quijano Burchardt

entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses und die Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Der **Kreisausschuss** beschließt einstimmig, die Thematik „Mehrkosten / Bau von temporären Flüchtlingsunterkünften in Holzbauweise in den Schlimmführen, 54338 Schweich“ als neuen Tagesordnungspunkt 12 zu behandeln. Der bisherige Tagesordnungspunkt 12 wird als Tagesordnungspunkt 13 behandelt. Die weiteren Tagesordnungspunkte werden ebenfalls fortlaufend behandelt.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht beantragt. Sie wird daher wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

1. **Annahme einer Spende; Vorlage: 0002/2016**
2. **Annahme einer Spende; Vorlage: 0034/2016**
3. **Aufbau einer Struktur zur Kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Asylbegehrende; Vorlage: 0051/2016**
4. **Kommunale Unterstützung der Hebammen; Vorlage: 0027/2016/1**
5. **Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Teilhaushalt Abteilung 7 (Jugendamt), Deckungskreis 700003; Vorlage: 0052/2016**
6. **Informationen und Anfragen**
 - 6.1. **Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge im Landkreis Trier-Saarburg (Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 04.02.2016) Vorlage: 0054/2016**
 - 6.2. **Weitere Informationen und Anfragen**

1. **Annahme einer Spende; Vorlage: 0002/2016**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Da aus Sicht des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er so-
dann den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Annahme einer Spende der Sparkasse Trier in Höhe von 5.500 EUR zur Förderung des Kinderkulturprojektes „Manege frei – Kannst du nicht war gestern“ im Rahmen des Ferienspaßprogramm 2016 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2. **Annahme einer Spende; Vorlage: 0034/2016**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er so-
dann den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Annahme einer Spende der Sparkasse Trier in Höhe von 20.000,00 € für die Förderung von Deutschkursen zur sprachlichen Erstorientierung für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge im Landkreis Trier-Saarburg zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3. **Aufbau einer Struktur zur Kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Asylbegehrende; Vorlage: 0051/2016**

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Da von Seiten des Kreisausschusses keine Fragen bestehen, fasst er so-
dann den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt - entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Schulen, Kultur und neue Medien - dem Aufbau einer Struktur zur kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Asylbegehrende zu.

Für die Umsetzung soll im Wege der Projektförderung für eine kommunale Koordinatorin / einen kommunalen Koordinator für den Zeitraum von zunächst zwei Jahren eine Zuwendung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung beantragt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. Kommunale Unterstützung der Hebammen; Vorlage: 0027/2016/1

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung und informiert über die Thematik.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** teilt ergänzend mit, dass die Förderung zunächst über einen Zeitrahmen von 1 Jahr vorgesehen sei. Seitens der CDU-Stadtratsfraktion sei in der vergangenen Woche ein Antrag zur Beratung im Stadtrat eingebracht worden, indem die Fraktion vorschläge, sich an dem Projekt des Landkreises in Konz zu beteiligen. Insofern sei abzuwarten, wie sich die Angelegenheit finanziell gestalte.

Leider sei es nicht möglich, eine dauerhafte Finanzierung in Aussicht zu stellen. Jedoch sollte dieses Projekt als Anschubfinanzierung dienen, um mögliche Partner zu suchen, so der **Vorsitzende**.

Seitens der CDU-Kreistagsfraktion sei diese Thematik und die Unterstützung der Hebammen bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr in den Kreistag eingebracht worden, woraufhin finanzielle Mittel für die Unterstützung der Einrichtung einer Koordinierungsstelle und einer Sprechstunde im Haushalt eingestellt worden seien, so Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU). Es sei nunmehr zu begrüßen, wenn der Stadtrat sich dazu bereit erkläre, den Landkreis in der Sache zu unterstützen.

Auch die SPD-Kreistagsfraktion werde sich nicht vor diesem Thema verschließen, so Kreisausschussmitglied **Maximini** (SPD). Vielmehr handle es sich um eine sehr sinnvolle Angelegenheit. Die Berufsgruppe der Hebammen habe bereits seit Jahren große Probleme, die hohen Versicherungsbeiträge zu tragen. Diese Beiträge steigen unverändert an, da die Risiken, die mit einer Geburt in Verbindung stehen, dabei eine Rolle spielten. Es habe bereits eine Koordinierungsstelle im Geburtshaus Saarburg gegeben, welche aber nicht in Anspruch genommen worden sei.

Der **Landrat** und Geschäftsbereichsleiter **Christmann** stellen die Verantwortlichkeiten und organisatorisch Verantwortlichen des Geburtshauses in Saarburg dar. Letztendlich zeige es, dass die Initiativen der Hebammen und die Strukturen so nicht weitergeführt werden könnten, so der **Vorsitzende**.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** erklärt, dass das Geburtshaus nicht durch das Krankenhaus, sondern durch eine private Anmietung der Heb-

ammen organisiert gewesen sei.

Fraktionsvorsitzender **Busch** (FDP) beurteilt die Anschubförderung insgesamt als sehr gute Sache und erklärt, dass zu hoffen bleibe, dass die ADD als Aufsichtsbehörde die finanzielle Unterstützung nicht moniere.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Port** (Bündnis 90/Die Grünen) begründet Geschäftsbereichsleiter **Christmann**, dass eine Ansiedlung der Räumlichkeiten im Gesundheitsamt der Kreisverwaltung nicht zweckmäßig gewesen wäre.

Daraufhin fasst der **Kreisausschuss** den nachfolgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt mit den im Kreishaushalt 2016 für die Unterstützung der Hebammen im Landkreis zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 30.000 Euro die Einrichtung einer

- a) Koordinierungsstelle und
- b) Hebammensprechstunde.

Die Verwaltung wird beauftragt, die hier beschriebenen Umsetzungsschritte weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Teilhaushalt Abteilung 7 (Jugendamt), Deckungskreis 700003; Vorlage: 0052/2016

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Er fasst so dann den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von insgesamt 600.000 € im Teilhaushalt 7 (Jugendamt), Deckungskreis 700003, zu.

Erhöhung der Ansätze bei den Buchungsstellen
36502.541900 von 28.950.000 € um 300.000 € auf 29.250.000 €,
36502.541430 von 13.980.000 € um 300.000 € auf 14.280.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Informationen und Anfragen

6.1. Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge im Landkreis Trier-Saarburg (Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 04.02.2016); Vorlage: 0054/2016

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion und die Beantwortung der Fragen im Rahmen der Informationsvorlage der Verwaltung.

Er gibt die Informationen dem Kreisausschuss zur Kenntnis.

Kreisausschussmitglied **Port** (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass zur Beantwortung zur Frage 8 erklärt sei, dass vermehrt Jugendliche vorübergehend in der AfA in Hermeskeil verbleiben mussten. Diesbezüglich wolle er wissen, was unter der Begrifflichkeit vorübergehend zu verstehen sei. Zudem sei in gleicher Beantwortung von einer Entspannung der Situation in der AfA Hermeskeil zu lesen. Hier stelle sich die Frage, seit wann diese Entspannung bestehe. Zudem wolle er eine Angabe erhalten, wie viele Jugendliche derzeit in der AfA untergebracht seien.

Der **Landrat** informiert über die Problematik, dass alleinreisende minderjährige Flüchtlinge in Hermeskeil angekommen seien. In dieser Situation sei es wichtig gewesen, die Jugendlichen im 1. Schritt unterzubringen.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** bestätigt, dass die Jugendlichen ohne das Wissen der Kreisverwaltung nach Hermeskeil transportiert worden seien, woraufhin dort Inobhutnahmen stattgefunden haben. Vor zwei Wochen sei die Situation wesentlich angespannter gewesen als heute. Es sei nicht mehr vorgesehen, dass Jugendliche mehrere Nächste in den Räumlichkeiten in Hermeskeil verweilen sollten. Dazu würden umfassende Gespräche mit den Trägern geführt. Jedoch wolle er nicht ausschließen, dass auch zukünftig Jugendliche dort eine Nacht verbringen müssen, wenn sie dort abends ankommen und eine anderweitige Unterbringung nicht mehr zu organisieren wäre.

Aktuell befinden sich keine unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in der AfA in Hermeskeil, so Abteilungsleiter **Beiling**. Das Jugendamt würde in solchen Fällen aktuell informiert werden. Heute sei keine derartige Meldung eingegangen. Jedoch schließe er nicht aus, dass morgen ein Jugendlicher sich dort meldet.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** sagt zu, Zahlenmaterial zur Entwicklung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nachzureichen (Anlage).

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) stellt fest, dass die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge generell nicht in der AfA untergebracht werden sollten.

Abteilungsleiter **Beiling** informiert, dass das Jugendamt des Landkreises derzeit die Registrierung vornehme. Ab Mitte März soll die Zentralregistrierung nicht mehr in Hermeskeil stattfinden, sondern schwerpunktmäßig soll die Arbeit durch das Jugendamt der Stadt Trier durchgeführt werden. Dazu seien Vereinbarungen mit verschiedenen Clearingstellen abgeschlossen worden.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

6.2. Weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine weiteren Informationen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird eine separate Niederschrift erstellt.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Günther Scharz)
Landrat

(Christine Inglen)
Kreisoberinspektorin